

## HUMONDE Dossier Rendite-Diktatur

### Inhaltsübersicht:

#### Die Rendite-Diktatur und...

1. Die Menschen
2. Die Demokratie
3. Die Wachstumsformel
4. Die Arbeitslosigkeit
5. Die Abzockautomatik
6. Die Verschuldung
7. Die Milliardäre
8. Die Geldreform
9. Die Bodenreform

#### 1. Die Rendite-Diktatur und die Menschen

„Wenn die Sprache ungenau ist, stimmt das, was gesagt wird, nicht mit dem überein, was gemeint ist. Wenn aber das, was gesagt wird, nicht mit dem übereinstimmt, was gemeint ist, kann das, was getan werden soll, nicht ausgeführt werden.“

Konfuzius (551-479), chinesischer Philosoph

#### Die windige Ideologie der Neoliberalen und der Gegenwind

Angesichts der heutigen Zustände im „Neoliberalismus“ wird es bereits gesellschaftsfähig, sich bei der Erwähnung des langsam vergilbenden Begriffes „Kapitalismus“ eine nostalgische Träne ins Knopfloch zu stecken. Wir haben nämlich keinen Kapitalismus mehr, sondern etwas Schlimmeres. Was hat sich verändert?

Auch der „alte“ Kapitalismus war und ist die Umkehrung des Sinns von Ökonomie, was Haushalten zum Wohl der Menschen bedeutet. Auch der alte Kapitalismus betrieb und betreibt die pure Geldvermehrung zugunsten einiger weniger auf Kosten von allen anderen vor allem durch den Zinsmechanismus. Lange Zeit erzählte man sich so etwas nur hinter vorgehaltener Hand. Denn noch immer stießen die kapitalistischen Raubzüge an Grenzen, zu denen auch so etwas wie soziale Verantwortung gehörte.

Damit war es vorbei, als der böse Bruder im Osten als propagandistisch-kritisch konkurrierender Gegner ausfiel und der entfesselte Kapitalismus ausbrach.

Flugs wurde alter Wahn in neue Worte gegossen und eine nunmehr von allen Skrupeln befreite Doktrin ausgerufen. Name: Neoliberalismus. Dogma: Deregulierung. Begründung: Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung sind nicht das Ergebnis der Marktwirtschaft, sondern der staatlichen Regulierungen, die in die Gesetze des Marktes eingreifen. Nur der Markt ist

vollkommen. Die Menschen sind unvollkommen. Eine soziale Marktwirtschaft gibt es demnach nicht.

Auf dieser windigen Ideologie gründet das neue Rendite-Regime. Seither wird weniger investiert als filetiert. Ganze Unternehmen und ganze Volkswirtschaften - voran die ärmsten - kommen auf die Schlachtbank einer neuen Art von „Investoren,“ die nur „investieren,“ um auszuschlachten und mit Riesengewinnen weiter zu ziehen. Nach der kurzlebigen „New Economy“ haben wir die „New Epidemy“ einer neuen Art von organisierter Kriminalität.

Als wissenschaftlich-juristische Vertragspartner der Regierungen fungiert vor allem die Welthandelsorganisation WTO mit ihren Liberalisierungsverträgen. Mit solchen Verträgen werden öffentliche und soziale Grundversorgungsunternehmen wie Wasserwerke und Schulen in allen Erdteilen der Privatisierung preisgegeben. So betreibt eine weltweit agierende Rendite-Diktatur die rigorose Bereicherung einiger weniger auf Kosten aller anderen. Bei denen aber wachsen weder Wirtschaft noch Wohlstand, sondern Arbeitslosigkeit und Armut, Verschuldung und Verzweiflung, Proletarisierung und Brutalisierung. Und damit auch der neue Terror. Das alles nehmen die neoliberalen Profiteure nicht nur in Kauf, sondern wollen es mit dem allgegenwärtigen Ruf nach höheren Wachstumsraten auch noch beschleunigen. Dabei kommen alle demokratischen Werte und Errungenschaften unter die Räder - und am Ende die Demokratie selbst.

Doch kein Verlust ohne Gewinn. Ohne die Maßlosigkeiten von WTO und Weltbank wären die zunächst nur von wachen Geistern erkannten Gefahren gar nicht so schnell publik geworden. Da kam Gegenwind auf. Unzählige Umwelt- und Menschenrechts-, Bürger- und Demokratiebewegungen schossen sich auf das neue Regime ein, dem plötzlich eine gewaltige Gegenmacht gegenüber stand. Die weltweit vernetzten Protestierer formierten sich so zahlreich, dass die New York Times sie schon als „zweite Supermacht“ titulierte.

Da ruderten die Rendite-Diktatoren erst mal zurück, zumindest verbal. Schnell wurde die altbewährte Puddingsemantik aus der kapitalistischen Mottenkiste geholt. Konzerne und Konzernherren sprachen schon immer gern von „Herausforderungen“ als Begründung für höhere Leistungsanforderungen an die Mitarbeiter, höhere Forderungen an den „Standort“ und so weiter. Heute wird die Globalisierung als „Herausforderung“ bemüht und als Begründung dafür verwendet, dass die Renditen höher und die Löhne niedriger und die Arbeitsplätze weniger werden müssen, um im „weltweiten Wettbewerb konkurrenzfähig“ zu sein. Dabei sind es die Konzerne selbst, denen die Märkte zu eng und sogar Zwanzig-Prozent-Renditen zu wenig wurden. Sie selbst sind es, die auf die weltweite „Öffnung der Märkte“ drängen. Die neoliberale Globalisierung ist also nicht der Auslöser, sondern das Ergebnis der imperialen Strategie von Großkonzernen und ihren Taktgebern.

Nur das früher allgegenwärtige Wort „Fortschritt“ fehlt in der neuen Nomenklatur. Das traut sich nun doch keiner mehr. Umso verlogener und deshalb so hartnäckig regelmäßig verwendet wird der Begriff „Wachstum.“ Während bei dem ohnehin vorhandenen Wachstum ständig Arbeitsplätze verloren gehen, versprechen die Wachstums-Posaunisten dem gezielt desinformierten und verdummtten Volk neue Arbeitsplätze, wenn nur das Wachstum schneller wächst. Doch was bei diesem Wachstum wirklich wächst, sind die ohnehin schon immensen Vermögen aus Zinsrenditen. Und die Arbeitslosigkeit.

Keine Begriffsverbiegung ist zu billig und keine Wortblase ist zu banal, um Aufklärung und Aufbegehren zu verhindern. Aber noch gibt es verfasste Demokratien, in denen man streiten

und streiken und geldgefugige Politiker und Parteien abwahlen kann. Jeder hat die Wahl: Man kann sein Fähnchen in den Wind hängen. Oder in den Gegenwind.

## Was Staat und Bürgern bleibt

Zur Standardforderung der Neoliberalen gehört es, dass der Staat sich aus der Wirtschaft heraushalten soll. Das wird immer gesagt. Und für viele Gutgläubige klingt das nach florierendem Wettbewerb und wunderbar freier Marktwirtschaft. Ungesagt bleibt, was dem Staat bei diesem ungehindert neoliberalen Wirtschaften übrig bleibt: Die Arbeitslosen und die Sozialfälle und die weiteren Umweltzerstörungen zum Beispiel. Der Staat als Abfallhalde der Rendite-Diktatur. Ungesagt bleibt auch, was den Bürgern übrig bleibt: Privatisierte Versorgungs- und Verkehrsbetriebe, privatisiertes Bildungs- und Gesundheitswesen nach bekanntem Rezept. Höhere Kosten, mindere Qualität, endgültige Ausgrenzung der Armen und Kranken, die nach neoliberaler Doktrin selbst schuld sind.

## 2. Die Rendite-Diktatur und die Demokratie

### Die Privatisierung von Demokratie, Solidarität und Freiheit

Große Vermögen bestehen üblicherweise zu hundert Prozent aus Kapitalerträgen, das heißt Zinseinnahmen, die ohne eigene Leistung erzielt werden. Aber Zinsen fallen nicht vom Himmel, sondern müssen von allen anderen erarbeitet und gezahlt werden, auch wenn sie keine eigenen Schulden haben. Mehr noch. Während jeder kleine Arbeiter oder Angestellte von seinem kleinen Lohn Sozialabgaben an den Staat abtreten muss, sind Kapitalerträge auch von solchen Abgaben befreit. Auf diese eigentlich doppelt skandalöse Art und Weise wird auf der einen Seite immer mehr Geld zu immer mehr Geld gehäuft und auf der anderen Seite immer mehr Mangel erzeugt. Die Folge sind immense Schulden von Bund, Kantonen und Gemeinden, kleinen Unternehmen und „kleinen“ Leuten.

Damit befindet sich aber die wirtschaftliche Realität einer absoluten Mehrheit der Schweizer Bürger außerhalb der von der Verfassung vorgegebenen Grundrechte wie Freiheitsrecht, Gleichheitsgrundsatz, Eigentumsrecht und Sozialstaatlichkeit.

Wie ist das möglich? Einfach so: Der Gesetzgeber hat das Geldsystem nie problematisiert und nie zum Gegenstand demokratischer Untersuchung und Entscheidung gemacht. Trotzdem nennt sich unser Staat demokratisch. Trotzdem steht in der Präambel zur Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft, „dass die Stärke des Volkes sich misst am Wohl der Schwachen.“ Da muss jemand die Feder geführt haben, der nichts von den wirklichen Wirkmechanismen des Geldes versteht. Und also auch nichts davon, wie die Geldmacht mit ihren Privatisierungsansprüchen die Staatsmacht aushöhlt und ablöst.

Denn immer mehr weicht die sprichwörtliche eidgenössische Solidarität mit den Schwächeren einer neoliberalen Diktatur der Stärkeren, die nicht nur staatliche Leistungsbereiche privatisieren wollen, sondern auch die Entscheidungswege dahin. Dazu braucht man die Medien.

Mit der Konzentration des Kapitals wächst auch die Konzentration in der Wirtschaft. In allen Branchen entstehen immer größere Gebilde, deren Lobby nicht nur extern, sondern auch

intern auf subtile Art und Weise Interessen schützt und durchsetzt. So auch bei den Medien, die selbst immer mehr zu einer neoliberalen Bewusstseins-Industrie umgezüchtet werden.

Welcher Redakteur einer großen Zeitung könnte es sich leisten, einmal den Zusammenhang zwischen Zins, Reichtum, Wachstumszwang, Arbeitslosigkeit und Armut so zu thematisieren, dass es verständlich ist für Leser, die darüber noch nie etwas gehört oder gelesen haben?

Aber wir haben doch „Pressefreiheit“ und „Meinungsvielfalt“, oder? Und da wird doch über alles berichtet, oder? Natürlich steht viel über Wachstum hier und Arbeitslosigkeit da und Staatsschulden dort zu lesen. Aber dem Leser werden nie die Zusammenhänge erklärt. Stattdessen wird er mit möglichst vielen „wissenschaftlich“ anmutenden Details überfordert, so dass er sein Unverständnis seiner eigenen Unfähigkeit zuschreibt und abschaltet. Das ist der eine Teil der „Pressefreiheit.“ Der andere ist leiser, da wird nur geschwiegen.

Wenn zum Beispiel ein großer Buchverlag plötzlich einen Titel herausbringt, in dem die bösen Streiche der Pharma-Industrie akribisch recherchiert nachgewiesen werden, dann findet man in den großen Konzern-Medien nicht eine einzige Rezension über dieses Buch. Ein Redakteur, der trotzdem so etwas versuchen wollte, wird entweder unbegründet gebremst oder aus ganz anderen Gründen gekündigt.

So pflegen Industriekonzerne, Medienkonzerne, Universitäten, Institutionen, Berufsverbände, Parteien und Personen mit verstehendem Nicken oder bei Bedarf mit harten Bandagen ihre gemeinsamen Interessen und Pfründe und Profite auf Kosten auch der Pressefreiheit und damit der demokratischen Freiheit.

Auch in den Wirtschaftswissenschaften ist es üblich und aus vielerlei Gründen persönlich dienlich, das Geld zwar akribisch zu „analysieren,“ nicht aber seine verheerende Wirkweise zu thematisieren. Und so verlassen immer wieder neue Wirtschaftswissenschaftler die Universitäten mit den alten, ehernen Glaubenssätzen, zu denen auch die Unantastbarkeit des Zinses gehört.

Tieferes Wissen über das Geld fehlt in der Allgemeinbildung des Schweizer Bürgers ebenso wie in den Bildungsplänen der Schulen. Dorthin werden aber „Schuldenberater“ geschickt, um die Folgen der neoliberalen Indoktrinierung junger „Zielgruppen“ zu bearbeiten. So wird durch reine Symptombearbeitung die Illusion von Freiheit genährt. So wird mit der halben Freiheit die ganze Freiheit ausgehebelt, wie sie in der Präambel zur Bundesverfassung der Schweizer Eidgenossenschaft gemeint ist. Dort steht nämlich auch, „dass frei nur ist, wer seine Freiheit gebraucht.“

### 3. Die Rendite-Diktatur und die Wachstumsformel

Was beim Wachstum wächst, ist das Geld ohne Bedarf und der Bedarf ohne Geld.

Natürliches Wachstum hat Grenzen. Kein Baum wächst in den Himmel, kein Mensch wird hundert Meter groß. Jeder Mensch weiß zudem, dass man bei gleich bleibender Leistung und gleich bleibendem Einkommen nicht ärmer werden kann. Warum also drohen Ökonomen immer Verluste an, wenn die Wirtschaft „nur“ konstant bliebe? Da stimmt doch etwas nicht.

Warum eigentlich wird ohne Unterlass nicht nur nach Wachstum gerufen, sondern sogar nach „mehr“ Wachstum? Die Antwort ist einfach: Weil es das Zinssystem gibt, das

Schuldensummen ganz von allein ins Unermessliche anwachsen lässt. Um diesen Wahnsinn zu finanzieren, wird Wachstum gebraucht.

Ein Beispiel (nach: „Das Geldsyndrom“ von Helmut Creutz). Anfang der achtziger Jahre konnte man US-amerikanische Staatspapiere kaufen, die bei einer Laufzeit von dreißig Jahren zu zwölf Prozent verzinst wurden. Bei diesen Papieren handelte es sich um so genannte Null-Coupon-Anleihen oder Zero-Bonds. Auf diese Papiere werden die Zinsen nicht jährlich ausgeschüttet, sondern der Einstandsgröße gutgeschrieben und mit Zins und Zinseszins nach dreißig Jahren ausgezahlt. Hat also die US-Regierung von einem Geldgeber 1982 zehntausend Dollar erhalten, muss sie im Jahr 2012 rund dreihunderttausend Dollar zurückzahlen, also das Dreißigfache des ursprünglich eingezahlten Betrages.

Wer zahlt die zweihundertneunzigtausend Dollar, die als Zinsen für zehntausend Dollar dazu kommen? Das müssen die Staatsbürger erarbeiten, bei denen der „Bedarf ohne Geld“ wächst wie in allen anderen Ländern der Welt auch. So wächst Armut.

Wer bekommt die zweihundertneunzigtausend Dollar, die als Zinsen für zehntausend Dollar bezahlt werden? Das bekommen die Vermögensbesitzer mit „Geld ohne Bedarf,“ das man leicht verleihen kann. So wächst Reichtum.

Wirtschaftswachstum wird also gebraucht, um Zinsen bezahlen zu können, die vom Kapital beansprucht werden, wenn es sich der Wirtschaft zur Verfügung stellt. Kapital stellt sich aber nur für solche Projekte zur Verfügung, die „wirtschaftlich“ sind, also Rendite abwerfen. Also nicht für Arbeitslose und Arme, Tierschutz und Umweltschutz, Sozialarbeiter und Sozialprojekte, Kulturschaffende und Kulturprojekte. Denn die sind „unwirtschaftlich.“

So wird nicht nur klar, warum die „dem Geld verfügbaren“ Politiker und Manager und Medienmacher unisono nach Wachstum rufen. In direkter Folge wird auch klar, warum wir diese wachsende Rücksichtslosigkeit und zum Teil schon kriminelle Art des Umgangs mit Mensch und Natur und Kreatur erleben. Das nie da gewesene Maß an Ausbeutung, Vergiftung, Zerstörung hat seine unmittelbare Ursache in dem ständig steigenden Druck der Rendite-Diktatur. Und die wiederum basiert auf dem existierenden Geldsystem, das in früherer Zeit auch „Münze“ genannt wurde.

Der im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert lebende und lehrende Mathematiker und Astronom Nikolaus Kopernikus erkannte schon in jener Zeit die Gefahr, die vom Geld ausgeht. In einem seiner Traktate steht es unmissverständlich:

Das Übel, „welches von der Münze ausgeht, wird nur von wenigen beachtet, und nur von solchen, welche ernster nachdenken, weil die Staaten allerdings nicht beim ersten Anlauf, sondern ganz allmählich und gleichsam auf unsichtbare Weise dem Untergang anheim fallen.“

„Gleichsam unsichtbar“ in unserer Zeit ist weniger der Untergang als die Ursache des Untergangs. Und die ist ebenso zynisch wie die Folgen, die wir landauf landab beobachten müssen und am eigenen Leib erleben.

Wie lange noch soll das Geschwätz vom Wachstum den Blick auf die Tatsachen verstellen und das Volk wie die Lemminge zu den Klippen complimentieren?

---

## Das tödliche Wachstum

Was haben Atombombe und Krebs gemeinsam? Beide sind tödlich. Beide funktionieren nach dem gleichen Prinzip, das in der Mathematik als „exponentiell“ bezeichnet wird. Das ist eine regelmäßige, in gleichen Zeitabständen stattfindende Verdoppelung von Ereignissen. Also eine enorme Beschleunigung von Vorgängen, die zunächst langsam und dann immer schneller ablaufen, bis es zur Explosion (oder Erosion oder Deflation) kommt. Ein einfaches Beispiel dafür liefert die Geschichte von den Weizenkörnern auf dem Schachbrett: Auf das erste Feld ein Korn, auf das zweite zwei, auf das dritte vier und so weiter. Auf dem 64. Feld müssten so viele Körner liegen, dass die ganze Weltproduktion dafür nicht reicht. Auch Geld vermehrt sich exponentiell. Bei sieben Prozent Zinsen zum Beispiel hat sich eine Million SFR nach zehn Jahren verdoppelt und nach zwanzig Jahren vervierfacht und so weiter. So wachsen Milliardenvermögen. Und so soll die Wirtschaft wachsen. Immer weiter.

### 4. Die Rendite-Diktatur und die Arbeitslosigkeit

Das grosse Los im neoliberalen Arbeits-Angebot:  
Entweder Urlaubsgeld Los oder Arbeitsplatz Los.

Arbeitslosigkeit entsteht aus der ungleichen Konkurrenz zwischen Arbeit und Kapital. Ein klassisches Thema, das aber meist so kompliziert diskutiert wird, dass es kaum jemand versteht. Dabei ist die Sache sehr einfach. Es gibt nur zwei Kostenarten: Personalkosten und Kapitalkosten - gleich welche Differenzierungen und Komplizierungen vielerorts und vielerkopfs da hineingedacht, -geredet und -geschrieben werden. Oft werden dabei die „Materialkosten“ und die „Sozialkosten“ ins (Verwirr-)Spiel gebracht. Aber Materialkosten bestehen selbst nur aus Personal- und Kapitalkosten, weil alles Material aus der Erde kommt, die ja keine Rechnung schreibt. Und Sozialkosten sind auch nur Personalkosten, weil sie aus Lohnkosten abgezweigt und dann als Lohnersatzleistungen neu verteilt werden. Analog dazu besteht auch das „Sozialprodukt“ oder Volkseinkommen eines Staates nur aus zwei Teilen: aus Arbeitserträgen und Kapitalerträgen.

Hier sind wir am Kern aller sozialpolitischen Auseinandersetzungen. Aber genau dieser Kern bleibt bei den alljährlichen Betrachtungen der staatlichen Jahresbilanz möglichst unter dem Tisch: Wie hoch ist der Anteil der Arbeitserträge und wie hoch ist der Anteil der Kapitalerträge am Volkseinkommen? „Kapitalerträge“ sind nämlich nichts anderes als Zinsen, die in private Tresore fließen.

Im Schweizer Bundeshaushalt steigt die Zinsbelastung immer weiter an. Dabei steigt auch ihr Anteil am Volkseinkommen immer weiter, so dass ein immer kleinerer Rest fürs Personal übrig bleibt, also für die Löhne und Gehälter. Wenn dieser Restanteil immer kleiner wird, dann gibt's wiederum nur zwei Möglichkeiten: Entweder man streicht den Arbeitnehmern zum Beispiel das Urlaubsgeld oder man streicht Arbeitsplätze. Oder man macht gleich „entweder und oder,“ wie das jetzt immer häufiger geschieht.

Weil das natürlich auf Protest stößt, müssen erstens Gründe für das Desaster und zweitens Lösungen für ein Ende des Desasters propagiert werden. Als Ursache der Misere wird vor allem die Globalisierung genannt. Die Worte „Kapitalkosten“ oder „Zinsen“ fallen dabei nie.

Als Lösung des Desasters wird „Wirtschaftswachstum“ propagiert. Mit anderen Worten: Existierende Arbeitsplätze können nur weiter existieren, wenn es Wachstum gibt.

Da muss man doch fragen: Wer bekommt denn den Ertrag aus dem Wachstum? Da muss doch ein Leck sein, aus dem ständig Geld verschwindet.

Wenn so etwas in Unternehmen passiert, sucht man nach Leuten, die Geld unterschlagen oder Schmiergeld nehmen. Da gibt es zwei Möglichkeiten: Man erwischt die Übeltäter oder die Kosten des Unternehmens steigen immer weiter, so dass man entweder an vielen „Stellen“ sparen muss oder eben „Stellen streichen“ muss. Oder man macht gleich „entweder und oder,“ wie das jetzt immer öfter und immer dreister geschieht. Dann sind die einen zum Beispiel ihr Urlaubsgeld los und die anderen ihren Arbeitsplatz los.

Warum war das früher anders?

Im „guten alten Kapitalismus,“ als die Zeit also noch nicht so weit fortgeschritten war, waren auch die Zinsbelastungen noch nicht so weit fortgeschritten. Jetzt und in Zukunft ufert die Vermehrungsmechanik aber aus.

„Du sollst nicht merken“ hieß ein sehr bekannt gewordenes Psychologie-Buch. Was soll nicht gemerkt werden? Das: Zins ist die Umwandlung von Zeit in Geld. So einfach ist das. Und so trostlos und so aussichtslos ist das für alle, die für Geld nicht nur Zeit brauchen, sondern auch arbeiten müssen, wenn sie dürfen. Dass das die meisten sind, ist einigen wenigen ziemlich egal. Die haben genug Zeit, um aus Zeit genug Geld zu machen, um genug Zeit zu haben, um... und so weiter. Wie wenige diese Wenigen wirklich sind, steht auf einem anderen Blatt. Denn viele, die „auch“, aber nicht genug Geld angelegt haben und Zinsen dafür bekommen, gehören ebenfalls zu den Verlierern im landesweiten und weltweiten Zins-Monopoly.

---

Kaum erwachsen - und schon arbeitslos

„Im Kanton Zürich droht den 20- bis 29-Jährigen lebenslange Armut. Die Zahlen (...) sind Besorgnis erregend und bewegen sich über dem landesweiten Durchschnitt: 9.490 Menschen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren hatten Ende Dezember 2003 im Kanton Zürich keine Arbeit. Oder anders ausgedrückt: Jeder vierte Erwerbslose ist ein junger Erwachsener. Das bestätigt das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA). Eine Besserung ist nicht in Sicht.“  
(Tagesanzeiger vom 19. August 2005)

## 5. Die Rendite-Diktatur und die Abzockautomatik

Auch wer keine Schulden hat, zahlt Zinsen. An jeder Kasse.

So ist es bei allen Waren und bei allen Dienstleistungen, die an der Kasse im Supermarkt oder im Bierlokal oder per Überweisung auf ein Konto bezahlt werden:

In jedem Preis, in jedem Rechnungsbetrag werden auch Zinsen mitgezahlt, die andere schon bezahlt und auf ihre reinen Produktionspreise aufgeschlagen haben. Und das summiert sich. Auf wie viel? Bitte durchatmen: durchschnittlich dreißig Prozent, in Ausnahmefällen wie „Mietzins“ weit mehr, im Preis zum Beispiel für ein Glas Bier vielleicht weniger. Wie geht das?

Dieses eher bescheidene Beispiel eignet sich gut, um einmal den „Lebenslauf“ eines Bierchen-Preises vom Hopfenzupfer bis zum Bierchenzapfer zu verfolgen.

Der Hopfenbauer braucht eine neue Hopfenzupfmaschine. Dafür nimmt er einen Kredit bei der Bank. Dafür nimmt die Bank von ihm Zinsen. Diese Zinskosten hüpfen in den Hopfenpreis und heißen jetzt „Kapitalkosten.“ Dann kommt der Spediteur und fährt den Hopfen zur Brauerei. Der Spediteur braucht einen neuen Lastwagen, nimmt Kredit und zahlt natürlich Zinsen dafür. Die wiederum schlägt er seinen Preisen fürs Transportieren auf. Die Brauerei zahlt die Zinsen vom Hopfenbauer und vom Hopfenfahrer. Auch die Brauerei braucht etwas Neues, zum Beispiel neue Maschinen oder neue Lastwagen, um das Bier zum Wirt zu fahren. Wieder Kredite, wieder Zinsen. Der Wirt zahlt die Zinsen vom Hopfenbauer und vom Hopfenfahrer und vom Bierbrauer. Auch der Wirt muss investieren, zum Beispiel renovieren, nimmt Kredit und zahlt Zinsen. Auch die zischen dann neben den Hopfenzupferzinsen und allen weiteren Lieferanten-Zinsen in jedem Bierchen mit, das an den Tischen und Theken getrunken wird. Im Preis sind dann alle Zinskosten vom Zupfer bis zum Zapfer drin. Und dazu gehören auch die Zinsen, die schon in den Kaufpreisen der Maschinen und Lastwagen und in allen anderen Anschaffungen und Einkäufen in der ganzen Lieferantenkette enthalten waren.

Diese Zins-Kumulierungen in allen Preisen ergeben am Ende durchschnittlich dreißig Prozent der „eigentlichen“ Endpreise. So ist es bei allem, was wir bezahlen. An jeder Kasse.

Rechnet man diese Zinslasten in Arbeitszeiten um, dann musste 1950 jeder Erwerbstätige dafür „nur“ einige Wochen arbeiten, im Jahr 2000 einige Monate. So sieht das aus, wenn „Geld arbeitet.“

An dieser Stelle könnte einer denken, dass er ja selbst Geld angelegt hat und dafür Zinsen bekommt und also fein heraus ist. Es kommt aber darauf an, wie viel Geld man angelegt hat, um nicht trotzdem mehr Zinsen dort zu zahlen, als man hier bekommt. Wie viel also?

Auch das hat der renommierte Geld- und Zins-Experte Helmut Creutz ermittelt, dessen Berechnungen hier zugrunde liegen. In einer seiner berühmten Tabellen kann man anhand der persönlichen Ausgaben feststellen, ob man zu den Gewinnern oder Verlierern beim großen Zins-Monopoly gehört. Dort heißt es:

„Zum Ausgleich Ihrer Zinslasten müssten Sie über ein Vermögen verfügen, das etwa dem Zehnfachen Ihrer Jahresausgaben entspricht.“

---

## Der Mega-Betrug

Konsumenten und Steuerzahler in den entwickelten Volkswirtschaften wie der Schweizerischen nähren einen ununterbrochen fließenden Geldstrom von rund einem Drittel des Volkseinkommens an die Geldverleiher. Nutznießer dieses in jeden Geldbeutel hinein

reichenden „Absaug-Systems“ sind weniger als zehn Prozent der Bevölkerung, die mehr Zinsen einnehmen, als sie bezahlen. Die Folgen dieses Systems lassen sich schon lange in der so genannten „Dritten Welt“ beobachten, aber inzwischen auch immer mehr in den so genannten „Geberländern“, die in Wirklichkeit mehr nehmen als geben. Dass es trotzdem auch in diesen reichen Ländern zu immer größeren wirtschaftlichen, sozialen und dann auch politischen Verwerfungen kommt, geht ausschließlich auf das Konto des Zinssystems, das sich sowohl offen als auch verdeckt (in allen Preisen) wie eine Mega-Krake durch die ganze Welt und in das Leben fast aller Menschen dieser Welt frisst.

## 6. Die Rendite-Diktatur und die Verschuldung

Die galoppierende Bundesverschuldung: Täglich 12 Millionen.

Noch zu Beginn der neunziger Jahre galt die Schweiz als Musterbeispiel für eine gesunde Finanzpolitik. Heute machen wir im internationalen Vergleich keine so gute Figur mehr. In den neunziger Jahren verdoppelte sich die öffentliche Verschuldung innerhalb eines Jahrzehnts, und seither wird sie jedes Jahr größer, wie die Berichte des Bundesamtes für Statistik ausweisen.

Was in solchen Berichten immer fehlt, ist der Hinweis auf die Tatsache, dass nicht die Schulden, sondern die Kosten für die Schulden daran schuld sind, dass die Schulden immer höher werden.

Die Internet-Suchmaschine Google bietet bei der Eingabe „Armut Schweiz“ rund 35.000 Seiten an. Was man dort zu lesen und zu sehen bekommt, sieht anders aus als das herkömmliche Bild von der reichen Schweiz. Die gibt es aber trotzdem - und mehr denn je, wengleich dieser Reichtum woanders ist als beim „gemeinen Volk“, nämlich bei wenigen Superreichen, die nur in Promille-Anteilen an der Bevölkerung messbar sind. Drei Promille der Steuerzahler - mit jeweils über 5 Millionen Franken privatem Kapital - verfügen über fast ein Viertel des gesamten Vermögens in der Schweiz. Dreißig Prozent der Haushalte besitzen hingegen gar keine ersparten Mittel. Und: In der Bundessteuerstatistik 2002 wurden 120.000 Millionärshaushalte ausgewiesen. Diese drei Prozent der Steuerpflichtigen haben so viel Vermögen wie die restlichen 97 Prozent zusammen. So steht es in einer Studie der Fachhochschule Basel aus dem Jahr 2002.

Was sich hier zeigt, ist ein Spiegelbild der Mechanismen des sich automatisch vermehrenden Reichtums auf der einen Seite und der sich analog vermehrenden Schulden durch Zins und Zinseszinsen auf der anderen Seite.

In der Publikation „dossierpolitik“ vom 18. Juli 2005 (economiesuisse) werden die Folgen dieser eigentümlichen „Lebendigkeit“ des Geldes für den Bundeshaushalt beim Namen genannt. Zitate: „Das Aufgabengebiet Finanzen und Steuern besteht fast gänzlich aus Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung. Im Jahr 2002 beanspruchte sie 8,6 Mrd. Franken. (...) Der Unterposten Vermögens- und Schuldenverwaltung besteht praktisch nur aus Zinsausgaben (7,7 Mrd. Franken) für Schulden der öffentlichen Haushalte. (...) Die Fehlbeträge der Vergangenheit sind die Schulden der Gegenwart, für die auch in der Zukunft Zinsen zu bezahlen sind. (...) Das massive Ausgabenwachstum bei Finanzen und Steuern von jährlich 7,1 Prozent zwischen 1990 und 2000 ist auf die unkontrollierte Entwicklung der Zinsausgaben zurückzuführen.“

Auch die Schweizer Unternehmen stehen unter Druck. In den letzten drei Jahren lag der jährliche Zuwachs der Insolvenzen zwischen acht und zehn Prozent. Im europäischen Durchschnitt nahmen die Insolvenzen zuletzt nur um ein Prozent zu.

Der Schweizer Steuerzahler mag angesichts solcher Tatsachen staunen - und sich trotzdem kaum Gedanken machen über die wirklichen Ursachen der „automatisch“ wachsenden Schulden, denen immer weniger reale Investitionen gegenüber stehen, sondern immer mehr Investitionen in den Reichtum der Gläubiger.

Auch die verantwortlichen Parlamentarier und Wirtschaftsführer scheinen immer noch keinen Anlass dafür zu entdecken, ihre Allgemeinbildung zum Thema Geld zu ergänzen. Wie auch, wenn noch nicht einmal Weltkriege dazu geführt haben, dass wenigstens Politiker in den betroffenen Ländern daraus gelernt hätten.

Dabei wäre es so vorteilhaft für die meist gescholtenen Finanzminister. Sie müssten nur endlich verstehen oder zugeben, dass zunehmende Staatsverschuldung nicht die Folge falscher Politik ist, sondern zwingend aus dem Fehler im Geld selbst resultiert.

---

## Verschuldung international und national

Verglichen mit dem Durchschnitt der OECD-Länder (2004) ist die Schuldenquote der Schweiz mit 55,7 Prozent relativ niedrig, aber nicht die niedrigste: In England sind es 43,4 Prozent, in Irland 29,3 Prozent. Die anderen europäischen Länder weisen höhere Werte auf. Bei unseren Nachbarn gehört der europäische Rekordhalter Italien mit 120 Prozent dazu, während Frankreich mit 74,0 Prozent, Deutschland mit 67,0 Prozent und Österreich mit 69,5 Prozent nicht wesentlich höher verschuldet sind als die Schweiz mit 55,7 Prozent oder 241.227 Millionen SFR (2003). „Zum Anstieg der Verschuldung unseres Landes trugen sowohl der Bund als auch die Kantone und Gemeinden bei, am stärksten jedoch der Bund, dessen Schuld von 11 Milliarden Franken im Jahr 1970 auf 122 Milliarden Franken im Jahr 2002 kletterte. Im Jahr 2003 sah es dann so aus: Schulden der Öffentlichen Verwaltungen 241.227 Millionen SFR, Bund 124.308 Millionen SFR, Kantone 77.919 Millionen SFR, Gemeinden 39.000 Millionen SFR.“ (Bundesamt für Statistik 2003).

## 7. Die Rendite-Diktatur und die Milliardäre

Hunderttausend SFR Stundenlohn für einen Milliardär.

In den letzten Jahrzehnten hat weltweit eine gigantische Umverteilung des Reichtums stattgefunden. Immer mehr Geld sammelt sich in einzelnen Händen.

Die dreihundert reichsten Schweizer besitzen zusammen mehr als 420 Milliarden Schweizer Franken. Das ist mehr als das Bruttosozialprodukt dieses Landes.

Nehmen wir einen von ihnen, der etwa dreieinhalb Milliarden SFR hat und rechnen wir seinen Stundenlohn aus. Verteilt auf arbeitstäglich acht Stunden kommt dabei ein Stundenlohn von rund hunderttausend Franken heraus. Lässt sich soviel durch eigene Arbeit verdienen? Unmöglich. Wie also geht das? Milliardenvermögen entstehen immer durch Kapitalrendite. „Die

Rendite bezeichnet den Gesamterfolg einer Kapitalanlage, gemessen als tatsächliche Verzinsung des eingesetzten Kapitals“ - so das FAZ Börsenlexikon. Das heißt: Rendite ist Geld, das von anderen erarbeitet werden muss. So einfach ist das. Und so un-gerecht ist das. Und so gefährlich ist das für jede Gesellschaft und für jede Volkswirtschaft. Warum?

Jedem Guthaben-Franken steht immer ein Schulden-Franken gegenüber. Das ist einfache Buchhaltung, ohne die Wirtschaften nicht funktioniert. Das heißt: Die Vermögen von einigen wenigen sind die Schulden von allen anderen. Diese anderen sind alle staatlichen, kommunalen und privaten Schuldner.

Doch nun: Da der Zins eine „Umwandlung von Zeit in Geld“ ist, werden diese Gegensätze stündlich größer. Das kann so weit gehen, dass allein die Zinsschulden eines Kreditnehmers am Ende höher sind als der Kreditbetrag selbst. So geraten immer mehr Kreditnehmer wie zum Beispiel der Staat, die Kommunen, mittelständische Unternehmer und auch gutbürgerliche Privathaushalte in die Insolvenz, sprich Pleite.

Millionäre und Milliardäre wurden Millionäre und Milliardäre dadurch, dass sie von den Schulden aller anderen profitieren, ohne selbst dafür etwas anderes zu leisten, als Investmentbanker und Börsenmakler zu beschäftigen. Und wenn die ihren Job gut machen, wächst der Reichtum vor allem von Millionären und Milliardären nicht nur immer weiter, sondern auch immer schneller weiter.

Könnte es sein, dass dies der Grund dafür ist, dass ständig nach „mehr“ Wachstum gerufen wird? Könnte es sein, dass Wirtschaftswachstum nur für die Zinsrenditen der Millionäre und der Milliardäre und ihrer Investmentbanker und ihrer Börsenmakler gebraucht wird? Könnte es sein, dass nur oder auch dieses „im Schweiß anderer Angesichter“ zu erarbeitende Geld es ist, das zu ständigem Wachstum zwingt?

Und: Wo soll solcher Wachstumswahn hinführen? Als die im Börsenrausch wie wahnsinnig gewordenen Amerikaner im Oktober 1929 erst in Panik und dann in Elend gerieten, waren auch Milliardäre dabei, die dann keine mehr waren. Einige haben sich erschossen. Vorschlag: Rückschlüsse jetzt statt Kopfschüsse dann.

Und: Muss denn alles immer wieder bis zum bitteren, grausamen Ende getrieben werden? Sind wir nicht endlich ein bisschen erwachsener geworden? Können wir nicht endlich einmal über den Tellerrand des kurzsichtigen Egoismus an die Zukunft auch unserer Kinder denken?

Also: Sollten wir nicht fähig sein, eine eigentlich bescheidene und durchaus sanfte Lösung der allgemeinen Denkstarre beim Thema Geld anzugehen? Es gäbe eine ebenso nachhaltige wie logische Lösung.

---

## Milliardäre weltweit

Das US-Wirtschaftsmagazin „Forbes“ registrierte im Jahr 2004 die Rekordzahl von 587 Individuen, die eine Milliarde Dollar oder mehr besitzen, gegenüber 476 Milliardären im Jahr 2003. Die Summe dieser Privatvermögen erreicht ebenfalls Rekordhöhen - nämlich 1,9 Billionen Dollar oder 1,54 Billionen Euro. Der Reichtum dieser wenigen hundert Menschen übersteigt das gesamte Bruttosozialprodukt der 170 ärmsten Länder der Welt und beträgt fast vier Prozent des Gegenwerts der globalen Jahresproduktion. (Nachtrag 2006: Inzwischen stieg

die Zahl der Milliardäre von 587 auf 691, das addierte Nettovermögen erhöhte sich von 1,9 Billionen auf 2,2 Billionen Dollar - das sind zweitausendundzweihundert Milliarden.)

## 8. Die Rendite-Diktatur und die Geldreform

Das Geld, das Allen dient statt Einigen.

Unsere Wirtschaft läuft falsch, weil am Geld etwas falsch ist. Diese längst belegte Tatsache wird von den Verantwortlichen in Wissenschaft, Wirtschaft und Politik noch immer verdrängt, obwohl die Auswirkungen des falschen Geldes immer dramatischer werden. Wir erleben die Auszehrung der öffentlichen und privaten Haushalte, die Millionenheere von Arbeitslosen auch in vielen reichen Industrieländern, zahllose Unternehmens- und Privatinsolvenzen. Gleichzeitig lesen wir von Riesengewinnen dort, wo nicht Arbeit, sondern allein der Besitz von Geld riesige Renditen bringt.

Doch während die leitenden Damen und Herren des Landes sich nur mit den Symptomen beschäftigen, ohne die Ursachen auch nur anzutasten, tickt die Zinsbombe weiter. Dabei wäre es zu einer durchschlagenden Sanierung ein vergleichsweise kleiner Schritt. Es geht nur um wenige Korrekturen am Geld- und Bodenrecht - und wir hätten eine florierende Wirtschaft und eine Gesellschaft, die allen ein Auskommen bietet.

„Geld muss zirkulieren, damit die Wirtschaft rund läuft“ – so sagen auch die Freunde des Zinssystems. Und sie argumentieren, dass sie mit dem Zins eine „Belohnung“ erhalten dafür, dass sie ihr Geld über Kredite in die Wirtschaft zurückführen. Wenn das so in Ordnung ist, dürfte auch kein Autofahrer fürs Parken im Halteverbot eine gebührenpflichtige Verwarnung erhalten. Im Gegenteil. Wäre es im Verkehrsrecht genau so wie im Geldrecht, müsste ein beflissen heran eilender Polizist dem verbotswidrig parkenden Fahrer einen großen Geldschein als „Belohnung“ dafür anbieten, dass er bitte weiter fährt und den Verkehr nicht länger blockiert. Diese „Belohnung“ ist im Geldrecht der Zins. Und daran haben sich alle gewöhnt, ohne einmal die Folgen zu Ende zu denken. Diese „Belohnung“ im Geldrecht widerspricht aber dem Prinzip, mit dem in allen anderen öffentlichen Bereichen die Ordnung aufrechterhalten wird, oder? Also: Was liegt näher, als dieses Prinzip auch beim Geld anzuwenden?

Es gibt schon sehr lange sehr intelligente Ideen, die in verschiedenen Ländern auch schon realisiert, aber von staatlicher Macht wieder exekutiert wurden - warum auch immer. Allen diesen Ideen gemeinsam ist eine Gebühr auf Geld, das nicht in der Wirtschaft „zirkuliert“, sondern willkürlich und spekulativ „geparkt“ wird und damit den nötigen (Verkehrs-) Fluss des Geldes unterbricht. Der Effekt im Geldsystem wäre eine legale und faire Konkurrenz zwischen einer „Geld-Parkgebühr“ und dem Zins, der sich dann einfach nur noch nach den Mechanismen des freien Marktes entwickeln würde.

So ließen sich die Prinzipien der öffentlichen Ordnung und die Logik des freien Wettbewerbs auch für ein vernünftiges Geld nutzen, das allen dient und nicht nur wenigen.

Was würde ein vernünftiger Mensch denn nach Einführung einer Gebühr auf „geparktes“ Geld tun? Er würde es machen wie beim Kinderkartenspiel Schwarzer Peter: Weitergeben, ausgeben, verleihen, investieren, um dieser „Parkgebühr“ zu entgehen. Und weil es alle so

machen würden, wäre die gesamte von der Notenbank ausgegebene Geldmenge stets im Umlauf. Deshalb nennt man diese Maßnahme auch „Umlaufsicherung.“ Das heißt: Die Wirtschaft würde „rund laufen, weil das Geld zirkuliert.“ Genau das wollen angeblich doch alle. Aber fast alle - voran die Banken als Nutznießer der großen Geldvermögen - verhindern jeden Ansatz zu einer Reform mit zum Teil abenteuerlichen Ausreden.

Oft wird gefragt, wie eine solche Umlaufsicherungsgebühr technisch zu realisieren sei. Antwort: Je nach Stand der technischen Entwicklung heute anders als gestern oder morgen. Es ging schon während der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren wie zum Beispiel in Wörgl, und es ginge heute – im Zeitalter der elektronischen Geldverwaltung – noch viel leichter. Und es geschah auch schon im Mittelalter, wenngleich nur als „Nebeneffekt“ des damaligen Steuersystems.

Oft wird auch gefragt, was die Großkapitalisten denn tun würden, wenn das Geld eine Umlaufsicherung bekäme. Sie würden Grund und Boden kaufen, um damit zu spekulieren. Deshalb müssten Geld- und Bodenrecht gemeinsam verändert werden. Ideen und Vorschläge liegen vor, sehr faire Vorschläge sogar: Beide Konzepte schließen aus, dass existierende Besitzstände in Anspruch genommen werden.

Doch während sich die Politiker aller Parteien ausschließlich darauf konzentrieren, weiteres Wachstum zu fördern, gibt es anscheinend keine Partei, die den Auswirkungen des Zinssystems und den dadurch verursachten Wachstumszwang thematisieren und korrigieren wollte. Dazu wäre keine sozialistische Revolution notwendig, sondern erstens verständliche Informationen für alle und zweitens der ehrliche Umgang damit bei den Verantwortlichen.

#### Umlaufsicherung in der Praxis (I.)

1932 wetterleuchtet der Weltenbrand über Europa. US-Ökonom Irving Fisher, renommiertester Geldtheoretiker jener Zeit, hat seinen Genfer Mitarbeiter Scheibler nach Wörgl in Tirol zu dem „Bürgermeister mit dem langen Namen“ geschickt. Der durchschlagende Erfolg des „Wirtschaftswunders von Wörgl“ war bis nach Amerika bekannt geworden. Kaum ist Scheiblers Bericht in New York, sendet NBC, die größte Radiostation Amerikas, einen Vortrag über das „Notgeld“ von Wörgl, das der Tiroler Gemeinde mitten in der Weltwirtschaftskrise wie über Nacht Arbeit und Brot gebracht hatte. Der Bürgermeister Unterguggenberger hatte so genannte „Arbeitswertscheine“ ausgeben lassen, die nach dem Prinzip des „verfallenden Geldes“ funktionierten. Im Dezember 1933 wurde Frankreichs Ministerpräsident Daladier durch Presseberichte aufmerksam und fuhr spontan nach Tirol. Aber da war schon Schluss mit dem Wunder von Wörgl: Die Wiener Nationalbank hatte interveniert und die Justiz hatte assistiert. Mit einem Verbot per Gerichtsbeschluss. Gleiche Experimente in anderen Ländern scheiterten ebenfalls an Verboten.

#### Umlaufsicherung in der Praxis (II.)

Historiker und Kunsthistoriker wissen es: Nie wieder wurden in Europa so viele Kunstwerke geschaffen wie zwischen 1150 und 1450. Aber kaum ein Historiker hat je gefragt, warum. In jenem „Hochmittelalter“ war vor allem eines hoch: der Wohlstand der Bürger. Und hoch hinaus schossen auch die großartigsten Bauten Europas: Kathedralen und Dome, die fast ausschließlich mit Spenden der Bürger finanziert wurden. Wie war das möglich? In jener Zeit gab es ein sehr einfaches Steuersystem, das wie nebenbei eine Umlaufsicherung des Geldes erzeugte. Unregelmäßig wurden immer wieder neue Münzen (Brakteaten) ausgegeben, die mit einem Kurs von vier zu drei gegen die alten umzutauschen waren: vier alte gegen drei

neue. Die Differenz waren die Steuern. Die Effizienz war die damit erzeugte Umlaufsicherung: Je weniger Geld einer in der Tasche hatte, desto weniger Verlust hatte er. Also gaben alle ihr Geld aus oder verliehen es, so dass der Kreditnehmer den „schwarzen Peter“ hatte. Der Effekt war ein ständig und schnell zirkulierendes Geld und eine florierende Wirtschaft. (Es gibt Experten, die das alles als „Märchen“ abtun. Das tut aber nichts zur Sache und kann einem denkenden Menschen sogar egal sein. Denn: Plausibel und damit lehrreich ist dieses „Märchen“ allemal.)

## 9. Die Rendite-Diktatur und die Bodenreform

Letzter Teil des neunteiligen Dossiers

Beitrag von Hans Olbrich

Der Boden, der Allen gehört statt Einigen.

Obwohl aller Grundbesitz aus früheren „Landnahmen“ stammt, für die nichts bezahlt wurde, ist es rechtens, dass die meisten Menschen für den Fleck Erde, auf dem sie leben, an einen anderen bezahlen müssen.

Im Booklet zur Ausstellung „Zürich West“ steht neben der Jahreszahl 1867: „Grundeigentümer nutzten die Wohnungsnot schamlos aus, die Quadratmeterpreise stiegen um fünfhundert Prozent.“ Und: „Um überleben zu können, machten viele Frauen in Schlafzimmern Heimarbeit.“ Daneben ein Hinweis auf die kommunalen Geschenke an die Privatindustrie: „Vieles stellte die Stadt der Industrie zur Verfügung: neue Straßen, Kraftantriebe, ein Gaswerk.“ 1893 ging es dann aufwärts: „Gemeinsam mit den Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern spürt die Stadt Entwicklungspotentiale auf.“ Solcher Gemeinsamkeiten hätte es nie bedurft, wäre man früher klug geworden im Umgang mit Geld und Boden. Beispiel:

Hätte man den Boden der ehemaligen Wallanlagen in Zürich vor rund 200 Jahren nicht verkauft, sondern nur verpachtet, könnte sich die Stadt Zürich heute aus den Pachteinahmen finanzieren und kein Züricher Bürger müsste für das Leben in der Gemeinde Steuern zahlen.

Dieses einfache Beispiel (Quelle: Helmut Creutz) beschreibt auch schon die Grundrezeptur einer Bodenrechtsreform, die ohne Enteignungen geeignet wäre, Landräubereien und Landschachereien endgültig in die Geschichtsbücher zu verbannen.

Wie die empfohlene Geldreform kein Zinsverbot erfordert, würde die empfohlene Bodenreform keine Enteignungen erfordern. In beiden Fällen würde sich der angestrebte Effekt, nämlich die Verhinderung von Spekulation, wie nebenbei einstellen.

Empfohlen wird eine nach und nach durchzuführende Umwandlung der privaten Bodeneigentumsrechte in private Bodennutzungsrechte. Boden kann dann nur noch an einen öffentlichen Boden-Fonds verkauft werden, der dann keine privaten Eigentumsrechte mehr, sondern nur noch Nutzungsrechte in Form von Pacht und Erbbaurecht vergibt. Dafür ist eine Bodennutzungsgebühr zu bezahlen, deren Höhe sich aus Angebot und Nachfrage ergibt. Gebäude sind und bleiben Eigentum. Die Ergebnisse wären unter anderem mehr verfügbarer

Boden, der Abbau von Spekulationsruinen und bezahlbares Wohnen auch in Städten, so dass die teure und unwirtschaftliche Zersiedelung von Landgebieten reduziert würde.

---

Boden, Wasser, Luft und mehr

Boden, Wasser, Luft und Sonnenlicht sind Menschenrechte. Einige Menschen auf dieser Welt sind anderer Ansicht. Auf dem „Weltwasserforum 2000“ in Den Haag wurde festgelegt, dass Wasser nicht länger ein Menschenrecht, sondern eine Handelsware ist. Das war Wasser auf die Mühlen von GATS (General Agreement on Trade in Services). Mit diesem „Liberalisierungsabkommen“ im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO wird die vollständige Privatisierung des weltweiten Dienstleistungsmarktes betrieben. Dazu gehört auch die Wasserversorgung. Und längst ist auch die Luft nicht mehr tabu: Das Protokoll von Kyoto 1997 erlaubt den Handel mit „Emissionsrechten.“ Ganz legal neoliberal.

Wir wissen heute, dass kriminelles Verhalten ein gesellschaftliches Produkt ist. Würden wir nur einen Teil des Geldes, das für die oft aussichtslose „Bekämpfung“ der Folgen ausgegeben wird, für die Behebung der Ursachen verwenden, könnten wir mit durchgreifenden Verbesserungen rechnen. Eine Gesellschaft, die sich dieser Aufgabe nicht stellt, verspielt ihre Chancen und verliert ihre Zukunft.